



Ohoven: Offshore-Umlage zeigt energiepolitische Orientierungslosigkeit

(ddp direct) Berlin Zu der von der Bundesregierung geplanten Offshore-Anbindungs-Umlage erklärt der Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW), Mario Ohoven:

Die Planungen für eine Offshore-Anbindungs-Umlage zeigen die energiepolitische Orientierungslosigkeit der Bundesregierung. Sie würde Betrieben und Bürgern weitere Lasten aufbürden, um eine neue, kaum erprobte Großtechnologie zu fördern.

Deutschland hat schon heute die höchsten Strompreise in der EU. Durch Offshore werden höhere Energiepreise dauerhaft festgeschrieben und die Vorteile regenerativer Energien nicht ausgenutzt. Es kann zudem nicht die Aufgabe deutscher Stromkunden sein, der niederländischen Staatstochter Tennet als Netzbetreiber finanziell unter die Arme zu greifen.

Mit der Offshore-Umlage setzt die Bundesregierung erneut auf die Methode, Risiken von Konzernen zu sozialisieren, während deren Gewinne privat bleiben. Wer auch in Zukunft sichere und bezahlbare Energie will, muss auf eine dezentrale Energieversorgung setzen. Die verbrauchernahe Stromerzeugung minimiert die Kosten für den Ausbau des Übertragungsnetzes. Schon aus Kostengründen gehört die politische Fokussierung auf die Offshore-Energieerzeugung generell auf den Prüfstand.

Shortlink zu dieser Pressemitteilung:

<http://shortpr.com/rygrd0>

Permanenlink zu dieser Pressemitteilung:

<http://www.themenportal.de/wirtschaft/ohoven-offshore-umlage-zeigt-energiepolitische-orientierungslosigkeit-94786>

Pressekontakt

BVMW

Herr Eberhard Vogt
Leipziger Platz 15
10117 Berlin

presse@bvmw.de

Firmenkontakt

BVMW

Herr Eberhard Vogt
Leipziger Platz 15
10117 Berlin

shortpr.com/rygrd0
presse@bvmw.de

-